

Wolf-Dieter Narr, Roland Roth

Not und Notwendigkeit radikaldemokratischer ökonomischer, politischer und kultureller Produktionsverhältnisse

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder vor der Macht der anderen, noch vor der eigenen Ohnmacht, sich dumm machen zu lassen“ (Adorno 2001, 94)

Eine, für die Art des Denkens, Folgerns und Handelns Ausschlag gebende Erkenntnis von Marx gilt mehr denn je: um herauszufinden, wie Menschen leben (können), muss man die materiellen Bedingungen, unter denen sie leben und die Konstellationen von deren Produktion und Reproduktion unter die Lupe nehmen und in ihren prekären Zusammenhängen erfassen. Diese Einsicht trifft ebenso auf alle Überlegungen zu, die darauf ausgerichtet sind, andere Lebensformen unter den Menschen vorzustellen. Nur wer die materiellen Bedingungen der Möglichkeit anderen Lebens für das Körperwesen Mensch inmitten der gegebenen historischen Situation und über sie hinaus überzeugend herauszuarbeiten vermag, macht sich nicht schuldig, an der meist herrschaftlich fungiblen Gegenwart und Zukunft von Illusionen mitzuwirken.

Zukünftige Chancen zu bedenken, ist mehr denn je geboten. Die normalen Katastrophen kapitalistischer Weltvergesellschaftung halten an. Jedem projizierenden Krisen-Gerede abhold muss nüchtern festgestellt werden, dass die kapitalistische Konkurrenzökonomie zusätzlich a-normale Katastrophen in sich birgt. Ihre Drohung und ihr Ereignis wachsen und schrumpfen im Kontext der nicht berechen- und steuerbaren Konkurrenz von Habens- und Herrschaftsinteressen. Sie machen das riesige Akzeptanz- und Sicherheitsmanagement erforderlich, das die horizontalen und die vertikalen Klassenspaltungen in und zwischen den Ländern repressiv legitimiert.

Viel zu sehr haben sich die meisten Gruppen und Personen, die das Privileg haben, über „hellere Geschicke“ nachzudenken, den Schneid abkaufen und wegnehmen lassen, radikal veränderte Gesellschaftsformen vorzustellen. Als wäre die schon langgestreckte Geschichte kapitalistischer Vergesellschaftung nicht zugleich eine Geschichte begleitender Lichtillusionen. Man muss sich nur die hungrig, kriegerisch und massenmörderisch gebrochenen Versprechen der sogenannten Entwicklungsdekaden nach 1945 bis in unsere Tage ansehen.

Allein die „Entwicklungstheorien“, die fahrlässige Kopfarbeiter in methodologischem Imperialismus vorgetragen haben, gaukeln „modernisierungs“- und „transformationstheoretisch“ eine schöne neue entwickelte Welt für all die „Verdammten der Erde“ vor. Dazu müssen sie nur brav die Folge der aufwärts führenden Stufen hinausgehen, die aus westlichen Interessen und Modellen folgt. Dann gelangten sie über Mühen zum Hochziel westlicher Zivilisation. Nein: mehr denn je ist die Arbeit an qualitativ anderen Gesellschaftsformen notwendig. Sonst versiegt die Chance der Kritik herrschender Verhältnisse kriterien- und vorstellungslos. So einsichtig Theodor W. Adorno und andere dargelegt haben, dass nicht mehr darauf gebaut werden könne, veränderungserpichte Theorie im Sinne von Marx' bekannter 11. Feuerbach-These werde in verändernder Praxis geadelt – „...es kömmt darauf an, sie zu verändern“ –, so sehr würden sie anhaltend missverstanden, vermeinte man, es bei der bloßen Kritik herrschender Verhältnisse belassen zu können. Gerade weil im Kontext sich totalisierender kapitalistischer Vergesellschaftung Ideologie, wie erneut Adorno beobachtete, in die Sache selbst, sich in die materiellen und habituellen Verhältnisse gestohlen hat, gerade darum sind Vorstellungen des Anderen nötiger denn je – üblicherweise Alternativen genannt. Wie sollte Kritik noch möglich sein, wenn nicht einmal mehr gehnt werden kann, dass eine „andere Welt“ real möglich ist. Nicht von ungefähr kommt es, dass sich utopisches Eingedenken bei Adorno, ohne dass er je ans detailliertere Ergünden und Konstruieren gegangen wäre, von den *Minima Moralia* (siehe allein den 153. Eintrag „Zum Ende“) über knappe, aber die Negation „positiv“ begründende Hinweisen in der *Negativen Dialektik* bis zu seiner *Ästhetik* findet. Welchem flachsinnigen Irrtum gegenwärtigen Wohl-Philosophierens erliegen all diejenigen, die Adorno seines „Negativismus“ zeihen (so Axel Honneth u.a.). Was die gegenwärtigen Verhältnisse angeht, ist er unabdingbar.

Freilich, über eine Zukunft genauer nachzudenken, setzt eine herbe Einsicht voraus. An dieser Stelle ist eine ihrerseits geradezu radikale Abkehr von Marx und dem 19. Jahrhundert geboten. Allen Hoffnungen, aus der Geschichte ergäbe sich 'in the long run' der entscheidende Kipppunkt, von dem an 'die Menschen' zunehmend ihre eigene Geschichte als die der Freien und der Gleichen machten –, all diesen geschichtsphilosophisch fermentierten Sehnsüchten kann nicht gefolgt werden. Sie stellen nicht das dar, was Ernst Bloch *docta spes*, sprich erfahrene, geschichtsbelehrte und lernoffene Hoffnung genannt hat. Das ist es ja, was gegenwärtig geradezu zum Wahnsinn treiben könnte. Dass kapitalistische Vergesellschaftung mehr denn je Marx' Kritik der Politischen Ökonomie geradezu perfektioniert hat. Obwohl Millionen und Abermillionen von Menschen verrotten, an sozial bedingter Aids-Krankheit wie ermordet sterben, auf der Flucht misshandelt, gezielt ersäuft und europäisch zivilisiert in Lager gepfercht werden, befinden sich die verelendenden Menschen und wir, die wir ungleich besser leben, wie in einer Lebendfalle.

Widersprüche, Konflikte überall. Aber kein Ausgang ist gegeben, der nicht erneut in die kapitalistische Falle rennen ließe. Man muss und darf die Konkurrenz der globalen Akteure, der Multi-, wenn nicht Transnationalen Unternehmen, der hochgerüsteten und höher rüstenden Staaten als ihren eigeninteressierten Erfüllungsgehilfen, des weltweiten Reichtums- und Machtmanagements nicht zu sterblichen Göttern stilisieren. Als seien diese unangreifbar. Und doch gilt, dass jeder Ausweg vom machtkapitalistisch weltpräsenten Igel verstellt wird. Nischen waren schon im 19. Jahrhundert nur im kolonialistischen Traum und Albtraum möglich.

Wer also daran geht, sich über eine andere Zukunft experimentierende Gedanken zu machen, der muss nicht „alle Hoffnung fahren lassen“. Er/sie ist aber gehalten, intellektuell und politisch redlich, darauf zu verzichten, dem alten, mobilisierungskräftigen Motto nachzufolgen: „die Geschichte ist mit uns“. Walter Benjamins *Geschichtsphilosophische Thesen* und seine Überlegungen zum qualitativen Seitenwandel von (sozialistisch/kommunistischer) Revolution sind triftiger. Bestenfalls kann es gelingen, verhängnisreiche Entwicklungen zu bremsen, vielleicht anzuhalten, vielmehr daran mitzuwirken, dass die kapitalistische Globalisierung aufhaltsam und das Wachstum des vielfach zerfressenen kapitalistischen Herrschaftsbaums begrenzt stattfinden möge. Jede Anstrengung, jeder Aufwand dafür lohnen sich. Hierbei kann es nicht darum zu tun sein, davor haben Marx und viele anderen guten Sozialisten zu recht gewarnt, rezeptbegierig in der Garküche der Zukunft duftende Gerichte auf einem erdachten Herd herzustellen. Die Aufgabe besteht darin, ineins mit der immer erneuten, nüchtern radikalen Analyse der Gegenwart unter sozialistischer und das heißt immer zugleich radikaldemokratischer Perspektive, aus Vergangenheit und Gegenwart Erfahrungen zu sammeln, zu sieben, zu sichten, die andere Vergesellschaftungsformen in weltweit pluralen Gesellschaften real möglich machen. Das bedeutet, dass man schon in die Schule negativer Erfahrungen moderner Utopien gegangen ist. Keine Planpausen sind angezeigt. Menschen sind nicht als Stricheinheiten vorzusehen, die sich so zu verhalten haben, wie die Architektin oder der Architekt sich das konstruktionsabstrakt vorstellen. Insofern kann es keine irdische Verheißung neuer Menschen auf einer neuen Erde geben. Das macht schon ein Gutteil der „Dialektik der Aufklärung“ und ihrer Albträume der Vernunft aus, in deren Mitte wir leben. Andere Vergesellschaftungsformen bauen auf Prämissen, die sich aus der Erfahrung der Geschichte der Menschen ergeben. Dass Menschen als „nicht festgestellte Tiere“ Möglichkeitswesen sind, macht ihre potentielle Moral und Unmoral aus. Dass Menschen als gesellige, von den Formen und Inhalten historischer Gesellschaften sozialisierte Personen ihre Möglichkeiten entfalten oder missgestalten je nach dem gesellschaftlichen Kontext und seinen Produktionsverhältnissen. Dass Menschen zwischen Geburt und Tod gemäß den gesellschaftlichen Bedingungen zu selbstbewussten und handlungsfähigen Personen

werden können. In den ihnen überkommenen und von ihnen mitgebildeten Institutionen vermögen sie zwar konfliktreich qua nun einmal letztlich vereinzeltem Interesse, aber zugleich friedlich zusammenzuleben. Menschliche Gesellschaften sind immer schwierig. Am schwersten ist es, sie so einzurichten, dass Menschen im Rahmen ihrer unvermeidlichen Gebrechen und Konflikte in gesellschaftlichen Institutionen weitgehend frei und gleich miteinander verkehren. Diese Anstrengung auf sich zu nehmen, gesellschaftliche Einrichtungen zu schaffen, die menschenrechtsgemäßes und das heißt immer zugleich radikaldemokratisches Leben wahrscheinlich machen, lohnt selbst noch im Scheitern. Sie muss jedoch nicht scheitern. Ein „muss“ kann nur negative Geschichtsphilosophie eingeben. Wer kritisch nicht stumpf und dumpf werden will, kann nicht anders, als die Anstrengungen des anderen Gesellschaftsbegriffs dauernd auf sich zu nehmen. Diese machen auch Lust, gerade, wenn einen die gegenwärtige Gesellschaft schier wahnsinnig ausrasten lassen könnte. In drei ungleichen Abschnitten wollen wir unsere Aufgabe angehen. Zuerst präsentieren wir (I.) einige Splitter einer Theorie des gegenwärtigen Zeitalters. Danach wollen wir knapp darauf hinweisen, in welcher Richtung Gesellschaften heute zu installieren wären, sollen Menschenrechte und Demokratie nicht zu Feierformeln herhalten (II.). In einem nach klappenden III. Abschnitt gehen wir darauf aus, einige Konsequenzen anzudeuten, die u.E. hier und heute entspringen. In unserem Rhodos, auf dem wir springen müssen.

I. Splitter einer Theorie des gegenwärtigen Zeitalters

1. Globalisierung ist durch ihre Ungleichzeitigkeit ausgezeichnet. Die ungleiche Entwicklung länder- und weltweiter kapitalistischer Vergesellschaftung wird dadurch re- und neu produziert, dass Innovationen deren Hauptziel darstellen. Joseph A. Schumpeters „produktive Zerstörung“ gehört zum kapitalistischen Spiel. Sie hat allenfalls ein Ende, wenn diese Vergesellschaftungsform sozial innovativ überwunden wäre. Unablässig müssen neue Formen der Anlage, der Güterproduktion, der Ausbeutung, der Organisation, des Transports, der Konsumtion und der ihr folgenden Gesundheitsökonomie erfunden und geöffnet werden, technologisch, geographisch, körperlich und geistig bis zum noch kaum erschlossenen Bereich der Substitute. Der Zwang zur Innovation verschärft sich nicht nur infolge der Zunahme an sich verdichtender Konkurrenz als Ergebnis kapitalistischer Ausleuchtung des Globus. Er wird auch dadurch beschleunigt, dass herkömmliche Ressourcen knapper werden und die realen Räume expansiven Wachstums abnehmen. Darum gewinnt der virtuelle Raum Vorrang. Die Tauschwerte haben längst die des Gebrauchs bedürfnisvielfältig so aufgeschluckt, dass der Tausch zum dominanten Gebrauch werden kann. Das macht einen Teil dessen aus, was im heterogenen Dienstleistungssektor steckt.

Die Innovationshatz zeitigt von allem Anfang an entfremdende und enteignende Folgen im sozialen Markt der Gesellschaften. Man versteht die innovatorisch hergestellten gesellschaftlichen Ungleichzeitigkeiten nur, wenn man über den „internalisierten Imperialismus“ hinaus, der Gesellschaften innovatorisch gleichschaltet (s. Narr 2003), die Verschärfung zusammen mit der Verfeinerung sozialer Ungleichheit mit im Blick hat. Verfeinerung meint in diesem Zusammenhang auch, dass die Menschen und ihre Kompetenzhierarchien bis in die Diskriminierung der diversen Altersstadien hinein aufgespalten werden. Ein Kampf verschiedener Lebensalter wird in jedes Individuum hineinlanciert (vgl. Richard Sennetts flexiblen Menschen).

Was Wunder, dass analog zu den unrechenbaren, wenngleich aufwendig geplanten Innovationszyklen eine dann nicht mehr „ursprüngliche Akkumulation“ die nächste ablöst. Die Branchen werden untereinander und in sich neu sortiert. Vor allem sorgen neue Akkumulationszyklen dafür, dass Unternehmensgröße, wenn sie sich schon nicht profitabel rechnet, schon aufgrund der Größenmacht weitere Machtgewinne verbuchen und Innovationen einzuheimen vermag. Obwohl nur die erste Akkumulation, die die traditionale Ökonomie umwälzte, den von Marx gewählten Namen „ursprünglich“ zu tragen ziemt, erwerben alle innovatorisch neuen Akkumulationen insoweit das Eigenschaftswort „ursprünglich“, weil gesellschaftliche Umwälzungen ihnen folgen. Auf die vorgegebene Struktur werden Reichtum, Armut und Slums zusätzlich ‘drauf’ geteilt. Der Kampf um die demographische Größe, mit dem von früh an alle gesellschaftliche Entwicklung anhebt, wird nicht zufällig in verschärften Formen inszeniert. Das macht die politisch ‘unreife’ Expansion der Europäischen Union verständlich. So wenig die Mehrheit der Bevölkerungen arbeitsmarktpolitisch und im Innovationswettbewerb zählt, geben nur KonsumentInnen-„Massen“ ein ausreichendes spezifisches Weltkonkurrenz- und Ressourcengewicht. Eine imperiale Macht wie vom 17. bis 19./20. Jahrhundert England, die von einer geringen Raum- und Bevölkerungsgröße ausging, wäre heute nicht mehr denkbar (vgl. zu England die faszinierende Studie von Linda Colley 2002).

2. Industrie- und Finanzkapital machen geeint und getrennt die kapitalistische Entwicklung aus. Angesichts der enormen Bedeutung und der Veränderungen ist nicht das Marxsche „Kapital“ neu, es ist, um wichtige Partien verändert zu schreiben. Nur wenige Aspekte können wir berühren.

Geld, der abstrakte Wert an sich hat in Folge der Globalisierung seine eigenen, schon zuvor kaum fasslichen und an sich selber fast nicht wertvollen Formen vervielfältigt und virtualisiert. Geld dieses Superabstraktum, das nur ein besonderes Habens- und Herrschaftsinteresse a-sozial universell gemacht hat, ist im Zeitalter seiner schier unbegrenzten technischen Re- und Produzierbarkeit so weit vom ‘an und für sich’ notwendigen Bezug auf Industriekapital, auf Ar-

beit, Produkte, Waren und Konsum weggetreten, also noch einmal abstrakt geworden, dass es zusätzliche Funktionen ergattert hat. Ohne moderne Informations- und Kommunikationstechnologien, ihre Raummissachtung und ihren Zeitbetrug wäre der globale Kapitalismus nicht in den heutigen Formen möglich. Dass die IuK-Technologien in ihrer Abstraktion und binär identifizatorischen Kombinatorik ihrerseits kapitalistischer Logik folgen, versteht sich. Diese technologische Funktion und Innenausstattung machte längst eine verfeinerte Techniksoziologie unabdingbar. Die sogenannte New Economy war ein erwartbarer Flop. Viel wichtiger aber als alle grenzenlosen Spekulationsblasen ist der Umstand, dass mit der New Economy nicht die Fähigkeit verschwunden ist, mit Hilfe des durchgängig flügenden, dauernd auf weiteren Abstraktionsstufen kreierbaren Geldes kapitalistische Vergesellschaftung in weiter entgesellschaftenden Formen zu organisieren. Geld und Kredit, diese frühkapitalistisch fast einfachen Größen – wenngleich ohne sie all das Bauernlegen u.v.a. nicht „gewaltfrei“ möglich gewesen wäre –, werden nun zu einer undurchschaubaren Architektur der Komplexität. Kapitalistische Vergesellschaftung wird so ebenen- und formenvielfältig, ablesbar allein schon an den Börsentechniken und Aktienformen, dass selbst die betriebliche „Steuerung“, inmitten des marktformigen Regulierungskomplexes vollends zur durchschaubaren „Kunst“ wird.

In unserem Zusammenhang ist die beträchtliche Dehnung des Zusammenhangs von „Realkapital“ und „Geldkapital“ nicht primär deswegen von Interesse, weil sie die Funktionen und Organisationsweisen des Kapitalismus verändert, expandiert, verfeinert und allem Zugriff von außen weiter entzieht. Von primärem Interesse sind vor allem drei Folgen, denen alle Menschen, sie verelendend und bereichend, unterworfen sind. Die Superabstraktion, von der schon die Rede war, erlaubt eine Totalisierung kapitalistischer Vergesellschaftung, die noch vor einer Generation so nicht vorgestellt werden konnte. Mit dieser Totalisierung ist eine Verfeinerung verbunden, die kapitalkonforme Interessen gleichsam in die Herzen selbst noch, ja gerade derjenigen pflanzt, die der Entwicklung bis zur Reduktion auf vegetative Überlebensfähigkeit unterworfen sind. Damit wird die Logik der Dissoziation perfektioniert. Gegenseitige Hilfe und deren nötige „moralische Ökonomie“ werden vollends an den nur in individuellen und kollektiven Rand gedrängt. Nur in Katastrophenfällen hält man meist vergebens danach Ausschau.

3. Die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie meinte im Kern wie auch die klassischen Politischen Ökonomen, Moralphilosophen, die sie von Haus aus waren, eine Kritik der Politischen Gesellschaft und ihrer Soziologik bzw. – bei den ‘Klassikern’ – eine primär individualistische Gesellschaftslehre. Nicht zufällig ist Marx von der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ seines Freundes Friedrich Engels mitmotiviert gewesen, nicht zufällig hat er das Ka-

pitalverhältnis emphatisch als soziales begriffen. Dennoch hat sich „konstruktiv“ im neoklassischen „Modellplatonismus“ wie auch in vielen Marxismen eine Tradition herausgebildet, die „die Ökonomie“, auch wenn sie kapitalismuskritisch verfährt, weitgehend immanent nach „ihren eigenen Gesetzen“ betrachtet. Diese Tradition hat der Ökonomie als einer Pseudo-Naturwissenschaft des gesellschaftlich abstrakten Kapitals ungemein genützt. Ihr theologischer Charakter ist „wissenschaftlich“ säkularisiert worden. Zu den nie und nimmer in Frage gestellten Prämissen gehört das gesellschaftlich nackte Individuum. Gesellschaft als solche wird, wie der junge Ralf Dahrendorf das nannte, zur „ärgerlichen Tatsache“. Zu den fixen Ideen gehört das Interesse im Sinne des privat zielenden monetär kalkulablen Besitzmehrens, der (perfekte) Markt als Arrangement unbegrenzter individueller Konkurrenz, der am Ende öffentliches Wohl zaubergleich erbringt. Das ist als Trugbild bekannt, das unverändert weiter trägt. Allgemeine Geltung wird mit (gesellschaftlicher) Wahrheit oder innerkapitalistischer Stimmigkeit verwechselt. Nicht zufällig stehen Kategorien wie „Macht“, nicht zu reden von „Gewalt“ und „Herrschaft“ auf dem Index der päpstlichen Ökonomie als „Wissenschaft“.

Nicht dass Intellektuelle, die sich auf Marx berufen, die Varianten der neoklassischen Ökonomie und ihre Lehren mit verkehrtem Vorzeichen nachbeten. Wohl aber scheint es in erstaunlichem Umfang gelungen, das Geschehen der materiellen gesellschaftlichen Reproduktion und Produktion samt ihren sozialen Verhältnissen in erheblichem Umfang von den politisch-gesellschaftlichen Rest-Verhältnissen abzuheben. Die Ausdifferenzierung ist bis zur Abschottung gelungen. Die moderne politische Vergesellschaftung im Staat wurde, um eine berühmte Äußerung leicht zu verfremden, allenfalls „neben und außer“ dem Kapital und seiner Wirkgesetze betrachtet. Als sicherer Hand- und Legitimationslanger gewiss. Jedoch wurde die politische Vergesellschaftung im und durch den Staat in seiner kapitalistischen Bedeutung wie vice versa selten in ihrer kapitalherrschaftlichen wie herrschaftskapitalistischen Qualität erfasst. Es lohnte eine kritische Kategorientafel zu entwerfen, um zu belegen, wie einerseits ökonomische Kategorien wie Kapital in seinen diversen Formen, Markt, Zins, Kredit u.ä.m. nahezu gesellschafts- und vor allem macht- und herrschaftslos gehandhabt werden. Andererseits stellte eine solche Kategorientafel heraus, wie die politisch-staatlichen Termini vom staatlichen Gewaltmonopol über die Formen der Legitimation bis hin zu den diversen Formen und Prozeduren der Verfassung und des Rechts gefasst werden, als seien sie nicht blauschwarz von der Tinte kapitalistischen Interesses durchtränkt.

Um eine lange Geschichte abzukürzen, apostrophieren wir allein zwei Sachverhalte, die mit dem Versäumnis einer zureichenden, auf den neuesten Stand gebrachten Kritik kapitalistischer Politik und Gesellschaft zusammenhängen.

Wenn es eine frühliberale, liberale und neoliberale Kontinuität gibt, die die individualistisch-asoziale Fiktion begründet, motiviert und am Leben hält,

dann ist es die zentrale Bedeutung von Besitz. Besitz bildet den materiellen Kern des Freiheitsbegriffs. Besitz begründet als immer schon gehabter die defensive Einstellung der Menschenrechte. Besitz sorgt dafür, dass Freiheit in qualitativer Opposition zur Gleichheit eine gegen den anderen gerichtete negative Konnotation erhält. Besitz begründet die Angst vor allen Besitzlosen, die Joachim Schumacher als eines der Motive nationalsozialistischer Panik herausgearbeitet hat („Die Angst vor dem Chaos“). Besitz stellt den Kristallisationsstab allen, primär privat orientierten Rechts dar. Er hat in Deutschland materiell und formell die originäre Figur des „Rechtstaats“ bestimmt (siehe Albrecht Funk 1986). Im Besitz ankert das Sicherheitsinteresse, das das staatliche Gewaltmonopol daraufhin ausrichtet. Von den besitzmehrenden Anfängen, die C. B. MacPherson ideengeschichtlich an Hobbes und Locke beschrieben hat („Possesive Individualism“) über die sich als dominante Produktionsform etablierende kapitalistische Vergesellschaftung bis zum heutigen ungleichzeitigen und ungleichmäßigen globalen Kapitalismus führt ein weiter Weg voll der Form- und Klassenveränderungen. Auf diesem Weg haben sich auch die Formen bürgerlichen Besitzes gewandelt, zuweilen bis zur Unkenntlichkeit differenziert. Juristisch werden sie immer schon verschieden gefasst. Nicht wenige Beobachter haben angesichts der erheblichen Veränderungen im Kapitalbesitz ein Ende der Bedeutung von Besitz sehen wollen. Die qualitativen Veränderungen reichen vom Unternehmer über die noch von Marx im III. Band gesichtete Aktiengesellschaft bis zu den hybriden Formen kaum noch fasslichen Besitzes qua Pension- und Hedgefonds. Sie hängen mit dem oben gestreiften weiten Auseinandertreten von „Real“- und Geldkapital einschließlich der Virtualität des letzteren zusammen. Qualitative Änderungen sind ebenfalls in der Bedeutung und der Handhabung sogenannt geistigen Eigentums zu beobachten. Ihnen kann im kleinen Labyrinth des Patentrechts und der Kontroversen bis zur WTO nachgegangen werden. Das auf die Besitzformen des 17. Jahrhunderts in England oder die kontinentalen Städten gerichtete Auge irrte heute vielfach vergeblich herum. Würde indes das Augenmerk geweitet, zum einen auf die Hierarchien von Besitz, beispielsweise in Grundstücken und die Bestimmung der Investitionen, der Steuer- und Sicherheitsgesetze gerichtet, zum anderen auf die materiell gegründeten Lebenschancen und die mit ihnen verbundenen Formen des Einflusses, würde man rasch erkennen, dass der Besitzkern sich geradezu neuplatonisch zerstreut hat. Ohne die Lektüre dicker Wälzer mag das regelmäßige Studium des *Economist* und der *Financial Times* evident zu machen: dass die kapitalistische Stunde nach wie vor für den kräftig erweiterten und vermehrten Besitztack und seine diversen Eigner schlägt. Die Bedeutung des nicht global verloren gegangenen, sondern global überall materialisierbaren Besitzes kann nicht überschätzt werden. Nicht nur achten die Habenden darauf, dass dieses ihr „statisches“ Element in der Dynamik expandiert. Besitz ist nach wie vor letztlich durch räumliche

Verfügung ausgezeichnet. Es besteht der schon von Kant beobachtete Zusammenhang der Begierden des Menschen: „die Begierde zum Haben *und* auch zum Herrschen“. Seltenst das Ereignis, dass die Armen herrschen!

An der uns sympathischen neueren globalisierungskritischen Gruppierung, an „attac“, können wir am besten anknüpfen. Die Globalisierungskritik richtet sich primär gegen nationale und internationale Kapitale und deren Akteure. Anders verhält es sich mit dem Ensemble politischer Kräfte, genannt Staat. An diesen Staat wird der größte Teil der Appelle gerichtet, die Änderungen kapitalistischer Logiken anzielen. Der Staat und seine hauptsächlichen Formen werden weithin unkritisch hingegenommen. Als komme es nur darauf an, dass die Repräsentanten der Staaten anders, nämlich unternehmenskritischer, sozial- und umweltpolitisch sorgsamer entschieden. Dann würden Wege aus den Gefahren gebahnt. Darin besteht u.E. eine zwar verständliche, aber in die Irre führende Blendung. Als *könnten die Staatsleute*, wenn sie nur richtig *wollten*. Als hätten sie die geeigneten Instrumente zur Verfügung. Als sei an Letzteren nichts prinzipiell zu kritisieren. Diese politizistisch-dezisionistische Täuschung zeitigt eine Reihe negativer Effekte. Zum einen: der Aufwand, einzelne Gesetze zu verändern, nicht nur, wie in der Regel selbstverständlich, sie zu bekämpfen, steht in einem überaus ungünstigen Verhältnis zum Ertrag. Meist werden „enttäuschte Reformer“ geboren, die sich nach ihrem Scheitern „realpolitisch“ häuten. Zum anderen wird nicht nur so getan, als könnte es staatsimmanent einen Willen geben, der dominante Kapitalinteressen versetzte oder doch erheblich modifizierte. Oh selige Sozialstaatspolitik und angeblich früher gegebene öffentliche = staatsverfügte Güter! Es wird nicht beachtet, dass die staatlichen Verfassungswirklichkeiten wenigstens so grundlegend verändert werden müssen, werden sozialistisch radikaldemokratische Ziele verfolgt, wie die kapitalistisch qua Warenkonsum ungleich konkreteren und qua Produktionsverhältnisse ungleich abstrakteren ökonomischen Wirklichkeiten. Dabei sind die Antiquiertheit liberaldemokratischer Verfassungsnormen wie deren überaus mangelhaft mögliche, staatlich eigensinnige Praxis, genau besehen, „uralte Kamellen“.

(a) Unbeschadet ihrer zum Teil verschiedenen Genese aus demselben modernen Rationalitätsgrund einer immer einseitigen, immer macht- und herrschaftsverwobenen „Rationalität“, bilden im Rahmen aller bürgerlichen Verfassungsstaaten seit Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts der zur dominanten ökonomischen Produktionsform gewordene Kapitalismus wie der zur politischen Produktionsform gewordene Staat in seiner liberaldemokratischen Version ein unruhiges, in der Sitzverteilung nicht durchgehend klares Tandem der Vergesellschaftung. Der *Great Transformation* (Karl Polanyi) korrespondiert der Herauskunft des Nationalstaats aus seinen feudal-absolutistischen Beschränkungen. Der kapitalistisch nötige Freiraum muss staatlich gewährleistet

werden. Der nun erst Innenpolitik ausfallende spätabolutistische Staat musste sich um seine Bürger, viel später auch um seine Bürgerinnen kümmern. Dazu bedurfte er der ökonomisch produzierten Mittel wie des expansiven Arbeitsmarkts. Lange kannte dieser fast keine Regulierungen. Erst die Anfänge der Sozialpolitik Ende des 19. Jahrhunderts brachten rechtliche Einzäunungen des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital mit sich. Der 12-Stundentag ist dafür beispielhaft. Durchkapitalisierung und Durchstaatung gingen Hand in Hand. Woher hätte der Steuer- und Borgestaat selbst für seine „eigenen“ Expansions- und Kriegszwecke das Geld nehmen sollen, wenn zwar nicht „seine“, aber die ihm funktional zugetane Ökonomie versagt hätte. Der Staat lebte von einer vorausgesetzten Privatheit. Das ist ein weiterer Grund der dazu anhalten sollte, mit der Qualität staatlich/öffentlich bedacht umzugehen.

(b) Die spezifischen außerökonomischen Eigenmittel der Staaten entspringen aus zwei Quellen. Dem Monopol legitimer physischer Gewaltamkeit und der, schon im Monopol als notwendiges Element steckenden, allgemeinen Legitimation. Mit Hilfe dieser, selbstredend vom Tandempartner zu finanzierenden Quellen konnte der Staat, der sich als Regulierungs- und Bürokratiekomplex verdichtete, die Bevölkerung so trimmen und klassensicher halten, dass die Struktur der Privatheit mitsamt der Struktur der Ungleichheit selbst in Krisenzeiten weithin stabil erhalten werden konnten. Merke: staatliche Politik ist auch im eigenen Interesse der staatlichen Repräsentanten und ihrer Beamten immer zentral kapitalistische Statuspolitik.

(c) Die Erfindungen der frühen Liberalen sind geradezu herrschaftsgenial zu nennen. Die erste Erfindung gegen die Geheimnisse spätabolutistischer Herrschaft und ihre Willkür bestand darin, Politik, den Staat und seine möglichen Irrationalitäten zu verfassen – vom ökonomischen Kalkül aus betrachtet. Während der Staat in seinen „Gewalten“ geteilt und mit Kontrollen und Balancemechanismen versehen wurde, ließ man die Ökonomie marktfrei vom Stapel, von ihrer rationalisierenden Wirkung überzeugt (vgl. das leicht, spaß- und ein-sichtsvoll zu lesende Büchlein von Albert O. Hirschman, 1980). Einem zwischenzeitlich riesigen Regelungsgeflecht zum Trotz die Ökonomie, „unser Schicksal“ (Walter Rathenau), war und blieb verfassungsfrei. Allein schon dieser Zwiespalt der beiden einander eng zugeordneten dominanten modernen Vergesellschaftungsformen, verfasst, unverfasst, eher statisch, eher dynamisch, legitimationspflichtig, keiner offiziellen Legitimation untertan, auf das Territorium selbst bei imperialen Ausgriffen festgelegt, mit mehr und mehr „exit“-Chancen versehen, garantierte von Anfang an, eine strukturelle und funktionelle Ungleichheit der nationalstaatlichen und nationalökonomischen Partner. Bald musste der Pedaler des Tandem primär das Lenkrad steuern, der Branchen und Unternehmen unbeschadet ihrer internen Widersprüche bündelte. Er tat dies in der Regel nicht, dem Machtmarktgesetz verpflichtet, in Form direkter Steuerungsgriffe, jedoch auf so viele Machtweisen bis hin zum ökonomischen

mischen Boykott, dass wohlgefällige Täuschungen bis heute die Folge sind. Wer wollte schon von institutionalisierter ökonomischer Herrschaft reden? Ihr seht doch, die Nichtverfassung weist auf einen ewigen Branchen- und Unternehmenspluralismus, der vom „Markt“ geregelt und vom Staat gesichert wird. Die zweite Erfindung besteht in der Verfassung des Staates. Dessen allgemeine Legitimation erfolgt durch periodische Wahlen von Repräsentanten. An den Wahlen sind alle (Staats-)BürgerInnen beteiligt (von heute aus gesprochen). In der Spanne zwischen den Wahlen üben die RepräsentantInnen ihre „Herrschaft auf Zeit“ aus. Obgleich im Zuge der Bevölkerungszunahme und der kapitalistisch-nationalstaatlichen Massenvergesellschaftung im Laufe des 19. Jahrhunderts in den europäisch-angelsächsischen Ausgangsstaaten das Verhältnis Repräsentierte und Repräsentierende quantitativ aus allen klassenbürgerlichen Fugen trat und qualitativ nicht bürgerliche Klassen notgedrungen einbezog – also die Repräsentationslehre quantitativ und qualitativ bodenlos wurde –, nahmen die etatistische, kapitalistisch stark mitbewirkte Konzentration und Duchstaatung zu. Ein Symptom: die sich verdichtende Verrechtlichung aller gesellschaftlichen Vollzüge. Die in ihren Arbeiten oder Nichtarbeiten absorbierte und weithin entfremdete Mehrheit der Bevölkerung wurde politisch nicht geschult, informiert und beteiligt, so dass sich die Chancen bürgerverständener und bürgereigener Politik vergrößert hätten. Kurzum: das Versprechen repräsentativer Demokratie klingt nur noch hohl. Unter klassenbürgerlichen Verhältnissen konnte es sich quantitativ und qualitativ fast von selbst verstehen, wenngleich die praktischen Proben über Lichtflecke in England und den USA vor allem, von Alexis de Tocqueville im ersten Teil seiner „Demokratie in Amerika“ als „grass roots democracy“ beschrieben, zu wünschen übrig lassen. Der konservativ adelige Alexis de Tocqueville hat im 2. Teil klar-sichtig die Demokratie pervertierende Tendenz zur Zentralisierung staatlicher Politik einerseits und zur Vereinzelung der ohnmächtigen Bürger andererseits herausgearbeitet. Da die liberale Demokratie-„Theorie“ die „Massentatsachen“ nie zureichend wahrgenommen und verarbeitet hat – nur die Parteien, eine der wenigen institutionellen Innovationen kamen hinzu, sie versagten jedoch bald ihren Dienst als „Transmissionsriemen“ und politische Schulungsorgane von unten nach oben –, da das Verfassungsrecht weithin auf dem Stand des 17. und 18. Jahrhunderts geblieben ist, konnten die Folgen nicht ausbleiben. Repräsentative Demokratie ist zum Anspruch verkümmert. Die allgemeine Legitimation ist eine symbolisch wirksame „Legitimation durch Verfahren“. Das aber heißt: staatliche Politik in ihrer demokratisch eigensinnigen Qualität ist vertrocknet. Anspruch und Geltung ihrer allgemeinen Legitimation funktionieren nur insoweit, als Wahlen und andere zirkuläre Ereignisse als Akzeptanz-, auch als Identifikationsmanagement unmündig belassener und behandelter BürgerInnen wirksam sind. Dass nach wie vor die zweite genialische Erfindung der Liberalen zu wirken scheint, hängt mit dem dauernd rieselnden

Goodspeak zusammen, dem Mangel an anderen Möglichkeiten und der dissoziierenden Wirkung staatlicher Politik. Diese wirkt den Dissoziationen negativer kapitalistischer Sozialisation analog. Dadurch wird die Zunahme des „Elends der Welt“ mitten in sogenannten Wohlstandsgesellschaften zu einem Teil erklärbar (siehe Pierre Bourdieu et. al. 1997).

(d) Zwischenzeitlich handelt es sich also um so etwas wie „negative“ Genialität. Der negative Effekt wirkt sich auf die andere Ressource gravierend aus, wie auf die politische Potenz des Staates insgesamt. Trefflich sind die Staaten und ihre Vertreter dazu in der Lage, das längst privat durchgesetzte Gewaltmonopol dafür einzusetzen, dass seine Legitimität erhalten bleibt. Die legitimatorische Selbst- und Zusatzproduktion des Monopols *legitimer* physischer Gewaltsamkeit ist kaum zu überschätzen. In dieser Hinsicht gleicht der liberaldemokratisch verfasste Staat der Gegenwart nicht einem „kastrierten Kater“, als den ihn der Carl-Schmitt-Schüler Rüdiger Altmann vor Jahrzehnten bezeichnet hat. Altmann war es wie Schmitt um die nur führerpersönlich mögliche Einheit des Staates und seine okkasionell dezisionistische, in der Konsequenz ästhetisierend politische Schaugewalt zu tun. Diese konnte Stahlgewitter aller Art inszenieren. Von einer Einheit des Staates oder liberaldemokratisch seicht von einem „demos“ kann längst nicht (mehr?) die Rede sein. Allein schon die „Verflechtungsverhältnisse“ staatlicher Bürokratien im Kontext mächtiger Lobbygruppen, verhindern solche Einheit. Als Gewaltmonopolist, mit dem Anspruch allgemeiner Geltung und dem zusätzlichen Legitimationshonigtopf der Verrechtlichung versehen, ist die Herrschaftsstärke staatlicher Einrichtung unverändert groß. Ja sie hat trotz der Größe, die unbeweglich hemmt, auch im Kontext der primär ökonomischen und technologischen Globalisierung, die dem eigenen Territorium und nationalstaatlichen Raumbezug davon eilen, eher an Bedeutung zugenommen. Darum empfiehlt sich auch, selbst wenn sonst alle Traditionen, ethnische Pluralitäten u.ä.m. der ausgewählten Länder dagegen sprechen, das, was westwärts in von kolonialistischer Erinnerung nicht getrübtter Arroganz als „Nation-Building“ bezeichnet wird. Recht, im Sinne kapitalistischer open-door-policies, die notfalls gewaltige Unterstützung braucht, „humanitäre Interventionen“ und Sicherung der vier, von der EU zu ihrem Grundrechtskern erhobenen Grundfreiheiten, verlangen mehr denn je nach solcherart kompetenten Staaten. Die vier Grundfreiheiten lauten bekanntlich: Freiheit von Kapital, von Ware, von Dienstleistung, von Arbeit. Insofern ist alles Reden vom Ende des (National-)Staats Gerede. Souveränitätsmangel bestanden faktisch schon früher. Das kennzeichnende Bild vom „kastrierten Kater“ trifft allerdings dort zu, wo man von staatlichem Tun eigensinnig gestaltendes Handeln verlangte. Eigensinnig Macht auszuüben, das vermag der Staat der Gegenwart nicht. Über die enge Verklammerung mit der ungleich dynamischeren kapitalistischen Vergesellschaftungsform hinaus rächt sich gerade um staatlicher Eigen-Macht (im Sinne des Machenkönnens) willen,

dass die legitimatorische Ressource versandet ist. An die Mehrheit der Bevölkerung lässt sich nicht appellieren. Sie lässt sich nicht teilhabend und teilnehmend einsetzen, wenn es beispielsweise darum ginge, mächtigen, entlassungskräftigen, steuerpolitisch als legalisierte Plünderer auftretenden Unternehmensinteressen entgegenzutreten: legitimiert durch aufgeklärte BürgerInnen, die über ein Urteilsmaß für Vorzüge und Nachteile verfügen. Nein, die kapitalistischen Herrschafts- und Machtfunktionen bedürfen mehr denn je der staatlichen Schützen- und allgemeinen Legitimationshilfe.

4. Die Eigenarten der beiden dynamischen Vergesellschaftungsformen verschärfen den Druck nach anderen Formen und Funktionen – wählt man als Maßverhältnis materialistische Menschenrechte und radikal demokratische Verfahrensformen. Zugleich höhlen sie die Chancen anderer Vergesellschaftungsformen aus. Dieser widersprüchliche Doppelcharakter reduziert den Druck nicht zu einem abgehoben „moralischen“. Man denke nur an die Rolle des Moralersatzes, an Stelle von Handlungen. Er zeichnet insbesondere den Gebrauch der Menschenrechte aus. Wenn man Menschenrechte in ihren human anspruchsvollen, überall kenntlichen Gründen und Motiven ernst nimmt, weiß man, dass es hier nicht um abgehobene moralische Symbole zu tun ist. Man könnte sie dann lassen oder auch nicht. Der Druck nach „moralischer Ökonomie und Politik“, die Menschenrechtspraxis zum Alltag macht, wird neu und neu aufbrechen. Solange jedenfalls von Menschen gesprochen werden kann und Günther Anders' Prognose nicht eintrifft. Selbstbewusstsein entwickeln zu können, aufrechten Gang zu üben, in der eigenen Welt mitzuhandeln, nicht ohnmächtig als Opfer und Objekt behandelt zu werden, den eigenen Körper und Geist auszubilden und zu üben, ohne dass beide gewalttätig misshandelt werden (vgl. nur zur Anregung Patterson 1988; Hill 1975; Thompson 1966). Indes auch die akut währende Gefahr der Aushöhlung bleibt.

Die dissoziierende, also gesellschaftliche Zusammenhänge zerreißende Wirkung der beiden Sozialisationsagenturen nimmt weltweit zu. Der befreiende Effekt, der entgegen klein herrschaftlicher feudaler Abhängigkeit zeitweise gegeben war und hier oder dort immer wieder auftauchen mag, ist längst einer Befreiung von der Befreiung gewichen. Diese Verkehrung in der Art der ersten Kehre hat Marx in der doppelten Freiheit des Arbeiters schon namhaft gemacht. Die Dissoziation, deren Wirkung sich an allen asozialen gesellschaftlichen Einrichtungen demonstrieren lässt, geht soweit, dass die Menschen, die nicht nur an spezifischen Formen der Gesellschaft, sondern an deren systematischem Mangel leiden, nicht mehr in der Lage sind, Leiden anders als seinerseits „asozial“ zu äußern. Die dissoziierenden Wirkungen, vielfach Markt befreiend herrschaftsgeplant, haben auch zur Folge, dass ein bundesdeutsch neu in Mode gekommenes altes und sympathiegeladenes Wort, das der „Solidari-

tät“, zum abstrakten Moralpostulat verkommt. Wie sollten sich vereinzelte, konkurrenzgetrimmte, arbeitslos (ver-)kümmernde Menschen solidarisch verhalten, wenn ihre eigene Not zum geringsten dadurch behoben werden zu können scheint, dass sie sich mit anderen zusammentun. Erstaunlich ist es eher und belegt das, was oben zu den Menschenrechten als menschlichen Notwendigkeiten gesagt worden ist, wie viel solidarisches Handeln es nach wie vor und gegen alle institutionell-rechtlichen Vorgaben gibt.

Die Dissoziation(en) wird durch die Größenordnungen und Beschleunigungen unterstützt, die innovativ gesteigert werden. Die economics of scale und der Staat als (Groß-)Flächenform der Herrschaft haben Größe, Weite, Schnelligkeit und sich verfeinernde Sicherungen zu Dauererscheinungen gemacht. Nahezu alle Erfindungen dienen diesen Zielen. Transport- und Kommunikationstechnologien sind dafür das beste Exempel. Die Bedeutung der Größen, die durch die Beschleunigungen bis zur Gleichzeitigkeit disparater Orte und Handlungen führen, kann kaum wirkungsmächtig genug eingeschätzt werden. Seltsamerweise wird Größe von den herrschenden und herrschaftskritischen VertreterInnen kaum beachtet oder eher verniedlicht: „small is beautiful“. Vor allem schlagen die sachzwangsartig gerinnenden Herrschaftseffekte beider Vergesellschaftungsformen durch. Erneut wird einsichtig, warum die kapitalistische Vergesellschaftungsform durch Globalisierung gewinnt, die formell politische jedoch verlieren muss, auch dort, wo bis hin zu den Sicherungsvorkehrungen ihr Herrschaftspiegel steigt. Die Verkehrung der Machtichtung vom global Abstrakten zum lokal Konkreten, die Globalisierung ausmacht, kehrt wieder in den gigantischen, allein mit Hilfe von Machtkategorien erklärbaren, nicht monetär zu verrechnenden Größen. Riesenunternehmen können Kosten der Fehlinvestition und einer falschen unternehmerischen Konzeption aushalten. Sie vermögen humane Kosten besser wegzudrücken und ihre menschenverbrauchende Rationalisierung zum jeweiligen Höchstmaß voranzutreiben. Sie werden dadurch zu Herrschaftsgrößen in ihrer Branche und der darunter befindlichen Hierarchie von Mittel- und Klein-Unternehmen. Bekannt ist längst, dass das „unternehmerische Risiko“ dorthin verlagert wird, wo die letzten, gerade noch Beschäftigten die Hunde der Entlassung beißen. Auf makroökonomischer Höhe der Nationalstaaten oder des Weltmarkts versteht es sich von selbst, dass Wachstumsraten und Verluste nur auf hohem Aggregationsniveau verrechnet werden. Das, was unterhalb der Höhe der Staats- und Marktgroßen passiert, kümmert bestenfalls am Rande. Es wird notfalls sicherheitspolitisch erledigt, versehen mit nationalistischen und anderen Identifikationsbrisen. Man denke allein an die Rolle des Konfliktabsorbers Sport. Alle Wege von EU-Europa bis nach Peking führen zu Riesenaggregaten als Indizien des Erfolgs. Alle Räder rollen deshalb für den Sieg im Expansionskrieg. Das aber, was neoklassisch ökonomisch betrachtet über die humanen „Opportunitätskosten“ großzügig hinwegsehen lässt, wird für die Chance verantwortlich han-

delnder Politik desaströs. Politik in irgendeinem Sinne des Selbsthandelns können die Repräsentanten nicht treiben. Sie haben Handeln zu prästendieren. Nicht nur ihre übermäßige politische Distanz, vielmehr die Überfülle ihnen gestellter Aufgaben zwingen sie dazu, Komplexitäten in einer Weise zu reduzieren, dass eine *reductio ad medium* herauskommt. Das, was man seit griechisch antiken Tagen Politik zu nennen pflegt, bleibt als personifiziertes Rülpsen übrig.

Ungleichheit ist das Thema kapitalistisch etatistischer Vergesellschaftung. Diese Vergesellschaftungsformen und ihre Vertreter verkünden, bald werde es keine Hungernden mehr geben, bald werde das Glück der übergroßen Zahl den bis dahin Überlebenden blühen. In diesem Sinne treten die kapitalistischen Wunschdenker so auf wie die „realsozialistischen“. Tatsächlich ist jedoch das Gegenteil der Fall. Ein sparsamer Hinweis muss genügen, um die neueste „Armutsrunde“ anzuzeigen. Sie korrespondiert dem von Bourdieu und anderen mitten in den Kernen wohlständischer Gesellschaften am Exempel Frankreichs und seiner zurückkehrenden kolonialen Vergangenheit belegten „Elend der Welt“. Wir verlassen uns auf Mike Davis Hilfe. Mike Davis kommentiert einen Bericht der im Oktober 2003 vom United Nations Human Settlement Programme unter dem Titel *The Challenge of Slums* herausgegeben worden ist. Davis bezeichnet ihn als „the first truly audit of urban poverty“ (2004, 18; zitiert nach dem Nachdruck in *Harper's Magazine*). Zuerst erschreckt die hybride Größe der Verstädterung ganzer Regionen. Solche Agglomerationen sind nicht mehr gestaltbar. Davis zitiert eine Beobachtung des Berichts über die Effekte sogenannter Entwicklungshilfen: „The primary direction of both national and international interventions during the last 20 years has actually increased urban poverty and slums, increased exclusion and inequality, and weakened urban elites in their efforts to use cities as engines of growth.“ „The disenfranchised communities of urban poor, ... are vulnerable to sudden outbursts of state violence such as then infamous 1990 bulldozing of the Maroko beach slum in Lagos (an eysore of the wealthy neighboring communities of Victoria Island) or the 1995 demolition in freezing weather of the huge squatter town of Zhejiangcun on the edge of Beijing.“

Bevor Davis auf die Folgen geschlossen fundamentalistischer Mobilisierungsarten hinweist und einen Weltkrieg zwischen Arm und Reich am Horizont dämmern sieht, pointiert er zwei weitere Aspekte. Zuerst die neue Nicht-Klasse der Klasse informeller Arbeit als brutales Resultat neoliberaler Weltmechanik: „Overall, informal workers constitute about two fifths of the economically active population of the developing world.“ Wir fügen hinzu, dieser Sektor nimmt auch in der „entwickelten“ drastisch zu. Davis fährt fort: „Slums“ – so kürzt er den UN-Report ab – „estimates, moreover, that fully 90 percent of urban Africa's new jobs over the next decade will somehow come from the informal sector. Indeed, the global informal working class (overlapping but not

identical with the slum population) is almost one billion strong, making it the fastest growing, and most unprecedented, social class on earth. The Pundits of bootstrap capitalism“, warnt und folgert er, „may see this enormous population of marginalized laborers, redundant civil servants, and ex-peasants as a frenzied beehive of ambitious entrepreneurs yearning for formal property rights and unregulated competitive space, but it makes more obvious sense to consider most informal workers as the ‘active’ unemployed, who have no choice but to subsist by some means or starve. With even formal-sector urban wages in Africa so low that economists can’t figure out how workers survive (the so-called low wage puzzle), the *informal tertiary sector* has become an area of extreme Darwinian competition among the poor.“

Ein letzter Hinweis auf die qualitativen Differenzen eines oberflächlich betrachteten ähnlichen Migrationsvorgangs. Seinerzeit von europäischen Ländern nach Nordamerika vor allem. „Today, surplus labor, by contrast, faces unprecedented barriers to large-scale migration to the wealthier countries – a literal ‘great wall’ of high-tech border enforcement. Likewise, controversial population-resettlement programs in ‘frontier’ regions such as Amazonia, Tibet, Kalimantan, and Irian Jaya produce environmental devastation and ethnic conflict without substantially reducing urban poverty in Brazil, China, Indonesia.“

Betrachtet man diese nüchternen, empirisch gesättigten Beobachtungen, sieht man sie im Kontext der verschärften Konkurrenz um sogenannte natürliche und kulturelle Ressourcen, die einen aggressiven Sozialdarwinismus zwischen riesigen Ländern längst angebahnt hat, dann kann uns Cassandra-gleich zumute werden. Fast scheint es zu einfach, wenn man fürs 21. Jahrhundert mehr kollektive Gewalt voraussagt, als im 20. Jahrhundert mordgepanscht worden ist.

II. Es bleibt keine andere Wahl als das erfahren mutige Risiko anderer Vergesellschaftungen

„Wer nicht begreift, wie brutal und sinnlos die Geschichte ist, der wird auch den Antrieb nicht verstehen, die Geschichte sinnvoll zu machen“ (Nietzsche 1980, 57)

Ist der gesellschaftliche Topos weltweit, wie er ist, dann gibt es übers aktuelle Überleben hinaus nur noch einen Weg ins Freie: den Weg zum A-Topos. Damit der Weg sich nicht von vornherein unwegsam sperre, sind eine Reihe von Vorkehrungen zu treffen.

Zum einen, davon war im vorhergehenden Abschnitt die Rede, eine unverstellt nüchterne Analyse der bestehenden Zustände. Schon diese Analyse ist nur möglich, wenn wir mit Hilfe unserer „Gymnastik der Einbildungskraft“ (Simone Weil) andere Wirklichkeiten wenigstens ahnen können. Sonst fallen uns

die nicht selbstverständigen Voraussetzungen nicht auf, auf denen die herrschaftlich penetrante Wirklichkeit ruht. Bestehende Wirklichkeit, die immer das Argument für sich hat, weil sie „ist“, wird dadurch als Ergebnis versäumter Möglichkeiten und mit Lampions versehener Sackgassen kund. Darum ist hypothetische Geschichtsschreibung nur dann unsinnig, wenn sie immateriell und außer der Zeit geschieht.

Zum anderen ist es geboten, den Möglichkeitssinn erfahren mit materiellen Gewichten des Körper- und damit Zeitgrenzwesens Mensch zu behängen. Anders gesagt: Zukunft vorweg planerisch sichern zu wollen, wäre nicht nur törricht. Es wäre auch antidemokratisch und widerstritte der angeblich angestrebten Materialisierung der Menschenrechte. Schon dadurch werden moderne Utopien bis tief ins 20. Jahrhundert leicht terroristisch, dass sie unvermittelt praktiziert werden sollen. So werden sie zur „angewandten Abstraktion“, die in Robespierres bekannter Devise den *terreur* zur Hilfe ruft: „Die Tugend muss durch den Schrecken herrschen.“

Das, was von vielen Menschen, also politisch, gemacht werden kann und gemacht werden wird, ist nicht vorweg auszuklügeln. Wohl aber sind geschichtlich erfahrene Handreichungen möglich. Sie beziehen sich vor allem auf Formen des Umgangs der Menschen miteinander. Allein die damit gestellte Aufgabe institutioneller, wirklichkeitsschwerer Phantasie ist riesig. Wie sollen ökonomische, politische und kulturelle Produktionsverhältnisse in einer Welt konstruiert werden, die nicht mehr entglobalisiert begreif- und wünschbar ist? Diese müssten so geartet sein, dass ca. 6 Milliarden Menschen, die gegenwärtig auf der Erde leben, ernährt, in ihnen individuell und kollektiv steckende Möglichkeiten selbstbewussten Handelns entwickeln und Formen des Umgangs miteinander finden können, die eine Welt ohne andere kollektiv unterdrückend-ausrottende Gewalt schaffen ließe.

Also ist die schwerste und spannendste aller Aufgaben gestellt. Die Aufgabe sozialer Innovationen nämlich, die in der Findung und skrupulösen Erfindung von Institutionen, ökonomischen und politischen Produktionsverhältnissen an erster Stelle bestehen. Im weiten Sinne ist die Frage nach den politischen und ökonomischen Verfassungen im 21. Jahrhundert, die Frage schlechthin. Welche lokalen und überlokalen Formen der Organisation lassen sich finden, die eine Vielfalt von Interessen und Traditionen berücksichtigen, die zugleich gegebene Unterschiede natürlicher Ressourcen ausgleichen und lokal/regional übergreifende Aufgaben kooperativ angehen lassen? Diese schwerste aller Fragen gilt es jenseits aller kollektiven Gewalt und Herrschaftsformen, jedoch auch ohne den süßsuppigen Schwachsinn von „Friede, Freude, Eierkuchen“ zu beantworten. Menschen, eine Gesellschaft, eine Vielzahl von Gesellschaften auf dem Globus vorzusehen, als seien sie einzeln und kollektiv konfliktlos zu versammeln, hieße die Menschen als Engel anzusehen. Weil die Suche nach sozial angemessenen Produktionsformen und ihren Verhältnissen so schwierig

und attraktiv zugleich ist, ist es geboten, die Geschichte nach ihren vielfältigen Gesellungsformen und den Graden ihrer Übertragungsmöglichkeiten abzugrasen. Eine neue Geschichtsschreibung unter brennendem zukünftigen Politikinteresse ist also vonnöten. Darüber hinaus sind Experimente angezeigt. Experimente mit Formen der Organisation und ihren Wirkungen. Das gehört zu den schmerzhaftesten Einschränkungen der Gleichschaltung globalisierter Gegenwart, dass nirgendwo Experimentierräume zu finden sind. Die Aufgabe bleibt jedoch. Es kommt darauf an, dass sich viele mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen am Wettbewerb der Phantasien über Organisationsformen beteiligen. Dann wird ein lernoffener Prozess des Wählens möglich, der die Vielfalt der Formen groß lässt, aber doch geschichts- und vernunftbegründet mit Hilfe der „sociological imagination“ (C. W. Mills) Verjüngungen erlaubt, die schrittweise übersetzt werden mögen.

10 schlagsatzartige Hinweise zu neuen politischen, ökonomischen und kulturellen Vergesellschaftungsformen auf den Schultern gemachter Erfahrungen -
10 institutionelle Requisiten des zukünftigen *Theatrum mundi*

1. Am Anfang der zukünftigen Gegenwart steht eine Anzahl einheitlicher Prinzipien. Diese bleiben unvermeidlich erheblich abstrakt. Um diese Einheit der Prinzipien zu verwirklichen, ist umgekehrt zu verfahren. Der Weg führt vom Besonderen zum Allgemeinen. Die einheitlichen Prinzipien bestehen in einer materialistischen Konzeption der Menschenrechte. (a) Menschenrechtliche Normen sind immer nur so gut wie ihre Formen, die sie wirklich werden lassen. (b) Die Grundform aller Menschenrechte als Aktivrechten ist die Beteiligung aller Menschen an ihren sozial gemachten Geschicken. (c) Weil die Menschenrechte jedem einzelnen Menschen in seiner Besonderung gelten, sind sie nur zusammen mit kollektiven Bedingungen zu verwirklichen. Menschen als soziale Wesen kommen nur zu sich selbst, wenn sie unter sozialen Produktionsverhältnissen leben, die sie zur Person werden lassen und die sie als so sozialisierte Person in ihrem nötigen Kontext beachten. Menschenrechte, die nicht sozial eingebettet sind, werden bestenfalls zu Privilegien der Wenigen, die genügend sozial ausgestattet sind. Die sozialen Bedingungen personaler Menschenrechte werden nur immer erneut geschaffen und entgegen den schiefen Winkeln der Ungleichheit wiederhergestellt, wenn offene, nicht gewaltsame Formen des Konfliktaustrags erreicht werden, die im Falle der Nicht-Übereinstimmung exzessive Minderheitenrechte vorsehen.

2. Die kollektiven Produktionsformen, derer Menschen bedürftig sind, sind gleichfalls vom Allgemeinen her zum Besonderen hin zu denken. Nicht, um das Besondere vom abstrakt Allgemeinen unterdrücken zu lassen, wohl aber um zu garantieren, dass besondere Produktionsformen dazu da sind, allgemeine Verfassungsprinzipien eigenständig, aber kontrollierbar zu vermitteln. Dar-

um beginnen zukunftsfähige Verfassungen in einem umfassenden Sinne radikaldemokratisch. Die politische Verfassung als das gesellschaftlich Allgemeine umfasst mögliche Ausdifferenzierungen beispielsweise ökonomischer und kultureller Art. Durchgehend gilt die Korrespondenzregel. Die kollektiven Formen haben den menschenrechtlichen Normen zu entsprechen. Die menschenrechtlichen Normen heben mit einem Freiheitsbegriff an, der positiv am anderen und den anderen begrenzt ist. Entsprechend von Rosa Luxemburgs berühmter Bemerkung zur Meinungsfreiheit. „Freiheit ist immer die Freiheit der Anders Denkenden.“ Durchgehend gilt die Adäquanzregel: ausdifferenzierte Bereiche, etwa der der ökonomischen Verfassung, sind so einzurichten, dass sie den Prinzipien der politisch-allgemeinen Verfassung nicht widerstreiten, sondern allenfalls einer begründungspflichtigen „Sachlogik“ folgen. Eine Ökonomie, die um eine Struktur und Funktion der Privatheit zentriert ist, wie die kapitalistische, ist nicht möglich. Zur Adäquanzregel gehören die Prinzipien durchgehender Transparenz, durchgehender Information, durchgehenden Mitbestimmung und/oder Kontrolle.

3. Nach den allgemeinen Prinzipien und dem nicht nur rahmenplanerischen Umfassungscharakter der politischen Verfassung wird umgekehrt verfahren. Sonst würde das je Besondere einzelner Menschen, lokaler Gruppen, regionaler Kulturen dem schlecht abstrakt Allgemeinen unterworfen werden. Das ist die tödliche Logik der gegenwärtigen Vergesellschaftungsformen. Die Stufenfolge der Verfassungen hebt lokal an. Der Umfang der lokalen Einheiten ist so zu bestimmen, dass Übersichtlichkeit und direkte Beteiligung möglich sind. Hier ist Basisdemokratie zu verwirklichen. Nur diese bürgerliche Dauerübung erlaubt später nötige Delegationen ohne Enteignung demokratischer Teilnahme und Teilhabe. Auf der lokalen Stufe sind schon Ausdifferenzierungen nötig. Bildungsprozesse sind gesondert einzurichten, Gesundheitsvorkehrungen u.ä.m. Für alle lokalen Einrichtungen aber gilt eine uneingeschränkte Mitbestimmung derjenigen, die an einer Einrichtung mit verschiedenen Akzenten gebend und nehmend beteiligt sind.

4. Auf der regionalen und je nach dem zwei-, drei oder noch mehrstufigen überregionalen Ebene verstärken sich die Ausdifferenzierungen von Aufgaben und ihnen entsprechenden institutionellen Vorkehrungen. Jetzt kommt zum ersten Mal das neuerdings viel, jedoch leer erwähnte Prinzip der „Subsidiarität“ zur Geltung. Sollen Aufgaben regional und/oder überregional behandelt werden, dann ist jeweils nicht lokal, sondern regional/überregional zu begründen, warum und inwieweit eine Aufgabendelegation auf höhere Stufen erforderlich ist. Was und wie auf abgehobeneren Ebenen behandelt werden sollte, muss ausgehandelt werden und periodisch zur Disposition stehen. Die Vermutung spricht für die lokale Ebene. Bei all diesen Zwischengewalten und bei den besondern Institutionen kommt es darauf an, dass regelmäßige Rückkoppelun-

gen mit den Basiseinrichtungen bi- und multilateral stattfinden. Die Transparenz- und Informationsregeln gelten durchgehend. Kontrolleinrichtungen werden nötiger. Eine neue Form der Gewaltenbalance findet dadurch statt, dass VertreterInnen der Kommunen ihrerseits mit Berichtspflicht und immer erneut bestimmt, auf der regionalen und überregionalen Ebene lokale Demokratie repräsentieren. Zwischengewalten und ausdifferenzierte Institutionen so zu organisieren, dass sie nicht die kommunale Logik umdrehen, sodass die je abstrakteren Einrichtungen aus besonderen Instrumenten zu Definitionsorganen werden, gehört zum Schwierigsten schon in der Konzeption. Es gibt keine „reine“ und keine an sich selbst nachhaltige Lösung. Ausschlaggebend wird es sein, riesig sich aufplusternde Bürokratien zu vermeiden, also immer erneut zu dezentralisieren und überschaubare Größen zu schaffen. Dort aber, wo arbeitsteilige Verwaltungen nicht vermieden werden können, müssen sie in ihrem Verfahren demokratisch und mit externen Dauerkontrollen eingerichtet sein. Den Ausschlag gibt habituell und funktionell, dass möglichst kleine, gering arbeitsteilige lokale und regionale Organisationen das politische und ökonomische Schwergewicht bilden. Translokale und überregionale Einrichtungen sind auf sparsame Funktionen der Koordination und des Ausgleichs von Ressourcen zu beschränken.

5. Konfliktregelungen und der Umgang mit Äußerungen von Gewalt indizieren die Qualität jeder Gesellschaft. Im Umgang mit Konflikten wird es auf der lokalen, prinzipiell aber auch auf den abgehobeneren Ebenen darauf ankommen, mit Hilfe einer demokratischen Ökonomie der Zeit Entscheidungsregeln und Umgangsformen zu revitalisieren, die uns aus vorstaatlicher Zeit unter anderem aus Primitiven Gesellschaften überkommen sind. Dazu gehören das Palaver; dazu gehören Entscheidungsregeln der Nichtentscheidung u.ä.m. Was den Umgang mit Äußerungen personal zurechenbarer Gewalt und solcher von vornherein kollektiver Art angeht, so ist entscheidend, dass weder lokal, noch irgendwo auf einer überkommunalen Ebene ein „Monopol der Gewaltsamkeit“ eingerichtet wird. Wie die Staatengeschichte in Genesis und Geltung demonstriert, kommt ein solches Monopol nicht nur kriegerisch zustande; es erhält sich nicht nur kriegerisch, es sorgt dafür, dass Gewaltursachen nicht angegangen werden und Politik immer davon bedroht ist, zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln zu werden. Trefflicher Fall aus der unmittelbaren Gegenwart: der Antiterrorismus. Was gruppeninterne Gewaltvorkommnisse angeht, so können Verfahren gefunden werden, die institutionell besondere Polizei, gar das absurde System der Haftanstalten vermeiden lassen. Kollektive Gewalt zwischen Gruppen auf höherer überregionaler Stufenleiter zu vermeiden, ist eine der vornehmsten Aufgaben der politischen Organisation. Das wird ungleich human kostengünstiger erreicht werden können, wenn keine Truppen mobilisiert werden können, die schon in Vor- und dann in Nach-

kriegszeiten Politik verdummen. Dass solche gewaltarmen Formen gesellschaftlicher Organisation gelingen können, setzt voraus, dass eine doppelte moderne, ursprünglich klassenliberale Voraussetzung aufgehoben wird: die Annahme, Menschen, a-sozial geboren, seien „von Natur“ gegen andere Menschen gerichtet. Darum gelte: fürchte den Nächsten wie dich selbst.; die damit verbundene Annahme: menschliche Freiheit werde nur durch Privateigentum begründet, eine Raubfreiheit, die von der dauerkapitalistischen „Begierde zum Haben und auch zum Herrschen“ motiviert wird. Beide Annahmen werden wie eine zweite Natur kapitalherrschaftsproduziert. Gewalt unter Menschen bleibt ein Dauerproblem, eines jedoch, das durch das staatliche Gewaltmonopol nur verschlimmbösert wird.

6. Angesichts der quantitativen Erfordernisse, eine Fülle von Menschen zu ernähren und mit diversen Gütern zu versehen, wird es erforderlich sein, aus der allgemeinen politischen Verfassung eine spezifisch ökonomisch gerichtete auszufallen. Für diese gelten die oben genannten allgemeinen Prinzipien (siehe 1. und 2.). Für die ökonomisch primär funktionalen, also nicht unpolitischen Einrichtungen auf höherer Stufenleiter, die teilweise die Produktivität einer begrenzten economics of scale nutzen können, sind Einsichten und Erfahrungen aus den Rätebewegungen vieler Länder bis in die neueste Zeit nützlich. Bei diesen Erfahrungen ist zu beachten, dass die Räteversuche meist in einem Kontext stattfinden mussten, der ihre organisatorische Kreativität und die kollektive Produktivität von vornherein schmälerte oder unterdrückte. Nie jedoch darf die institutionelle Besonderung soweit gehen, dass die sich organisatorische Vorkehrungen für die Ökonomie aus der allgemeinen politischen Verfassung hinausbewegten. Das Prinzip öffentlicher Aufgaben und also einer öffentlichen, aber nicht zentral bürokratisch geplanten Ökonomie gilt durchgehend.

7. Liberale Demokratie lähmte von Anfang an daran, dass sie sich nicht um Bürger und Bürgerinnen kümmerte. Auch wenn qualitative Änderungen stattfänden, auch dann bliebe das Problem, dass Bürgerinnen und Bürger, so sehr sie als zoa politika basisdemokratisch direkt zu schulen sind, zusätzlicher Fähigkeiten bedürften, am abstrakteren Geschehen teilzunehmen. Generell gilt, dass die Fähigkeit, die eigene Welt selbstbewusst zu verstehen und urteilsfähig zu werden, menschenrechtlich erstrangig ist. Also ist ein Bildungssystem vorzusehen, das alle um die Mitte ihrer zwanziger Jahre urteilsfähig entlässt, sozialisiert in Einrichtungen des learning by doing.

8. Platon, der geniale Herrschaftstheoretiker, eröffnet das 2. Buch seiner *Politeia* mit der Feststellung, alle Herrschaft hebe mit Arbeitsteilung an. Diese triftige, aber in „liberalen Demokratien“ vergessene Einsicht – man denke nur an die herrschaftsalten Arbeitsteilungen unter den Geschlechtern und zwischen Kopf- und Handarbeit – lähmt und blockiert Menschenrechte und Demokra-

tie. Arbeitsteilung, die rudimentär schon in Hirten- und Jägersellschaften beobachtet werden kann, lässt sich nicht aufheben, wenngleich eine Fülle von aufgenötigten Differenzierungen wegfallen könnten. Was aber nicht beseitigt werden kann, muss unter den geäußerten Prinzipien (1. und 2.) verändert organisiert werden. Heute wäre es mehr denn je möglich und nötig, die strikten Trennungen zu beseitigen, indem jede Person mehrere Arbeitsrollen übernehme. Dadurch wüchsen nicht nur die Fähigkeiten und Zeiten der Handarbeiter bis „tief“ hinunter zu den „Drekarbeiten“. Dadurch nähme die Wirklichkeitsfähigkeit der in der Regel privilegierten Kopfarbeiter zu. Klar und eindeutig ist, dass die Arbeitsklassenteilung in Maloche und in Berufe nicht zu halten ist, die die Menschen in ihren urteilenden Fähigkeiten befördern und andere Lebensqualitäten vermitteln.

9. „Gleichheit“, so stellt Johann Gottfried Seume im 18. Jahrhundert fest, „ist immer der Proberstein der Gerechtigkeit, und beide machen das Wesen der Freiheit.“ Ein trefflicher Satz in Zeiten der Lügenbeuteleien mit der „Leistungsgerechtigkeit“! Indes, er deutet zugleich auf das schwierigste Problem aller Veränderungen: wie sind die Habitus der Menschen zu ändern, dass sie die Wahrheit dieses Satzes einsehen und in der Ekstase des aufrechten Gangs die Gleichheit anderer erfahren können. Im Habitus des Menschen äußert sich sozusagen das geronnene Ergebnis der Sozialisation, die Menschen erfahren haben. Er stellt so etwas dar wie verinnerlichte gesellschaftliche Umstände, die Institution „innen“, die den äußeren Institutionen entspricht. Habitus, wenn sie über Jahrzehnte oder Jahrhunderte immer wieder positiv und negativ sanktioniert werden, wie beispielsweise die strikt private, prinzipiell a-soziale Orientierung in kapitalistischen und durchstaateten Gesellschaften groß gewordener oder von solchen entgegen alter Abhängigkeiten angelockter Personen, brauchen oft mehrere Leben lang, bevor sie anders ausgerichtet werden. Damit ist das unlösbare Henne-Ei-Problem genannt. Um Habitus allmählich zu ändern, nicht darauf auszugehen, sie zwangsweise zu brechen, bedarf es lange geltender, mit einem anderen Netz positiver und negativer Sanktionen versehener Institutionen, die andere Formen der Anerkennung, des Umgangs und der Kritik gebrauchen. Wie sollen aber Institutionen anderer Art geschaffen werden, wenn die Habitus der Menschen, die sie organisieren sollen, nicht schon vorweg gegeben sind? Will man sich nicht in den Abgrund stürzen, weil man dem Sagentier, das den Weg blockiert, die Frage nicht beantworten kann, muss man anfangen. Mit kleinen, aber sukzessiven Schritten bei sich selbst und anderen. Und immer erneut anfangen.

10. Allgemeinheit ist immer in Gefahr, Besonderheiten zu reduzieren oder zu beseitigen – sogar noch die Besonderheit allemal irrtumsfähiger und nur begrenzt flexibler und mobiler Menschen. Jean Paul Sartre hat dies in seinen *Überlegungen zur Judenfrage* an bestimmten Formen der Menschenrechte

deutlich gemacht (vgl. Sartre 1994). Viele menschenrechtlichen Globaltöner, die normativ naiv die Universalität der Menschenrechte betonen, beachten Sartres Warnung nicht. In unserem Zusammenhang heißt dies, auch die unvermeidlich allgemeinen institutionellen Requisiten stehen unter dem Vorbehalt schlechter Allgemeinheit. So notwendig auf ihre Stimmigkeit durchleuchtete allgemeine Normen sind, um Abkapselungen und geschlossene Terrorisimen von besonderen Gesellungen kritisch aufzubrechen (z.B. Nationalstaaten), so notwendig ist es, Kritik so zu üben und anzuwenden, dass Änderungen vom Besonderen her erfolgen können, in dem das Besondere soweit wie möglich erhalten wird.

III. Aktuelle Verhaltensfolgen

„Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“ (Adorno 2001, 59)

Wir beschränken diese auf wenige Sätze. Gerade wenn es darum geht, über „Linkssein“ heute nachzudenken, droht die Attitüde, selbst als ‘Musterlinker’ aufzutreten und den anderen verbal wohlfeile Ratschläge zu erteilen.

Zum ersten: Adornos bekannter Satz wird schlecht banal, wenn man nicht begreift, dass er eine riskante Gratwanderung und die dauernde Reflexion des eigenen Verhaltens verlangt. Dann aber wird er zur dauernden Unruhe.

Zum zweiten: realitätstüchtige Utopie, deren Notwendigkeit sollte so (re-)konstruiert werden, dass unnötige Kompromisse vermieden werden. Orientierungskräftige, Urteilen befördernde Utopien leben davon, dass sie „real möglich“ sind, so fern die aktuelle Wirklichkeit ihnen sein mag. Damit sie jedoch als Orientierungs- und Verhaltensmarge hier und heute dienen können, ist ihr Spiegel blank wie realutopisch angemessen zu halten. Gerade, wenn eine utopische Gesellschaftsvorstellung der aktuellen Realpolitik widerspricht, kann sie unser Verhalten mitten in dieser Realpolitik als dem „falschen Leben“ Schritt um Schritt im substantiellen, nicht moralinsauren Sinn des Worts kontrollieren helfen. Erst die realistische Vorstellung radikaldemokratisch sozialistischer Gesellschaft erlaubt es, den Spielraum und die Grenzen der Kompromisse hartnäckig zu bedenken und sich darüber auszutauschen, die mitten in der herrschaftskapitalistischen Gesellschaft unvermeidlich sind, in der wir leben.

Zum dritten: was immer die Genossinnen und Genossen tun, um einen viel missbrauchten linken Ausdruck doch zu benutzen, eines scheint uns für alle die einen „linken“ Anspruch hier und heute vertreten, vergleichsweise klar und eindeutig. „Wir“, die wir uns so verstehen, können nicht den „Marsch durch die Institutionen“ antreten wollen. Es genügt schon, dass wir alle uns zwingenden Institutionen angehören. Auf Änderung erpichte Makro- und Mikropolitik aber kann u.E. nur, herkömmlich gesprochen, außerparlamentarisch geschehen. Das heißt nicht, dass man etablierte Institutionen nicht in ihrem

Ernst nimmt oder berührungsprüde agiert. Das heißt aber, dass man zugunsten von Forderungen des Tages nie die real möglich und verzweifelt nötige andere Zukunft hier und heute aufgibt.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2001): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt/M
- Benjamin, Walter (1965): Geschichtsphilosophische Thesen, in: *Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze*, Frankfurt/M
- Bourdieu, Pierre et.al. (1997): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen des alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz
- Colley, Linda (2002): *Capitives. Britain, Empire and the World 1600-1850*, London
- Davis, Mike (2004): *Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter*, Göttingen
- Davis, Mike (2004): Planet of Slums, in: *New Left Review* March/April, nachgedruckt in: *Harper's Magazine* June, 17-24
- Funk, Albrecht (1986): *Polizei und Rechtsstaat*, Frankfurt/M
- Hill, Christopher (1975): *The World Turned Upside Down. Radical Ideas During the English Revolution*, New York
- Hirschman, Albert O. (1980): *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, Frankfurt/M
- MacPherson, C. B. (1967): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*, Frankfurt/M
- Narr, Wolf-Dieter (2003): Introvertierter Imperialismus und ein angstgeplagter Hegemon, in: *PROKLA* 133, S.575-598.
- Nietzsche, Friedrich (1980): Nachgelassene Fragmente 1875-1878, in: *Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe*, hrsg. Giorgio Colli und Mazzino Montinari Bd.8, München
- Patterson, Orlando (1982): *Slavery and Social Death*, New York
- Sartre, Jean-Paul (1994): *Überlegungen zur Judenfrage*, Reinbek bei Hamburg
- Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, München
- Thompson, E. P. (1966): *The making of the English working class*, New York
- Tocqueville, Alexis de (1959-62): *Über die Demokratie in Amerika*, 2 Bde., Stuttgart